

Inhaltsübersicht

<i>Erster Teil: Gesetz, Gesetzgeber, Gesetzgebungslehre</i>	23
<i>Zweiter Teil: Auf dem Weg zur Rechtswissenschaft als Regelungswissenschaft oder Zum Ausbruch aus dem Ghetto der Gesetzgebungslehre</i>	97
<i>Dritter Teil: Entfaltung einer als Regelungswissenschaft verstandenen Rechtswissenschaft</i>	133
<i>Vierter Teil: Rule-Making als Regulierung</i>	251
<i>Fünfter Teil: Regelsetzung in Mehrebenensystemen</i>	321
<i>Sechster Teil: Zur graduellen Entkoppelung von Staat und Recht</i>	359

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil: Gesetz, Gesetzgeber, Gesetzgebungslehre	23
A. Stand und Entwicklungslinien der klassischen Gesetzgebungslehre	25
I. Was ist Gesetzgebungslehre?	25
II. Von der Pflicht zum guten Gesetz zum Pflichtenheft in bestimmten Gesetzgebungssituationen	27
1. Die Pflicht zum guten Gesetz als Verfassungspflicht?	27
a) Die Pflicht zum verfahrensmäßig sorgfältigen Gesetz als Verfassungspflicht?	28
b) Optimale Methodik der Gesetzgebung als Verfassungspflicht?	29
c) Verfassungsimmanente Grundpflichten des Gesetzgebers als Bestandteil einer Allgemeinen Gesetzgebungsordnung?	30
d) Erstes Zwischenergebnis	31
2. Gesetzgebung als politischer Prozess: Konsequenzen für die zu stellenden Rationalitätsanforderungen	33
a) Das politisch Machbare und das politisch Nötige als Chiffren politischer Rationalität	33
b) Der Zeitdruck im Gesetzgebungsverfahren	34
c) Gesetzgebung als institutionalisierte Kompromißbildung	35
d) Zweites Zwischenergebnis	36
3. Minimalanforderungen an das Gesetzgebungsverfahren	36
a) Demokratietheoretische Anforderungen	36
b) Grundrechtliche, von der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts formulierte Anforderungen	38
aa) Der prognostizierende Gesetzgeber	38
bb) Der komplexe, schwer übersehbare Zusammenhänge regelnde Gesetzgeber	38
cc) Der Neugliederungsgesetzgeber	39
dd) Der typisierende Gesetzgeber	40
ee) Der grundrechtliche Schutzpflichten konkretisierende Gesetzgeber	40
c) Zwischenergebnis	41
d) Versuch der Systematisierung verfassungsrechtlicher Anforderungen	42
III. Gesetzgebung aus akteurstheoretischer Perspektive	44
1. Gesetzgebung als netzwerkartige Entscheidungsstruktur	44
2. Interessengruppen im Gesetzgebungsprozess	45
3. Gesetzgeber und Verfassungsgerichtsbarkeit – ein lehrreiches Spannungsverhältnis	49

a)	Das Spannungsverhältnis zwischen Gesetzgeber und Verfassungsgerichtsbarkeit als verfassungsstaatliches Spannungsverhältnis	49
b)	Einige lehrreiche Erscheinungsformen des Spannungsverhältnisses von Gesetzgeber und Verfassungsgerichtsbarkeit	50
aa)	Vorwirkungen verfassungsgerichtlicher Gesetzeskontrolle	50
bb)	Kompensationsleistungen der Verfassungsgerichtsbarkeit	51
cc)	Austarierung des Spannungsverhältnisses zwischen Gesetzgeber und Bundesverfassungsgericht durch die Dosierung der verfassungsgerichtlichen Kontrolldichte	53
B.	Entwicklungstrends moderner Gesetzgebung	56
I.	Europäisierung nationalstaatlicher Gesetzgebung	56
II.	Kooperationalisierung der Rechtsetzung als Konsequenz des kooperativen Staates	60
1.	Zur Funktionslogik kooperativer Rechtserzeugung	60
a)	Die normvorbereitende Kooperation	60
b)	Die gleichsam kontraktuelle Substanz der demokratischen Gesetzgebung oder das Gesetz als pluralistisches Abkommen	61
c)	Jüngste Erscheinungsformen paktierter Gesetzgebung: die Atomausstiegsgesetzgebung und das KWK-Modernisierungsgesetz	62
aa)	Der vereinbarte Ausstieg aus der Kernenergienutzung	62
bb)	Das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz	64
2.	Zur Funktionslogik kooperativer Normvermeidung	65
a)	Normvermeidende Verträge	65
b)	Normvermeidende bzw. normabwendende informale Absprachen	67
3.	Einige bilanzierende Überlegungen	70
III.	Lobbyisten, Leihbeamte und Großkanzleien – legitime Akteure des Gesetzgebungsprozesses oder Erosion klassischer Gesetzgebung?	72
1.	Mehr Transparenz durch ein Lobbyisten-Register?	73
2.	Mitarbeiter von Verbänden und Unternehmen in Ministerien – zukunftsweisendes Personalaustauschprogramm oder zwielichtige Leihbeamte?	74
3.	Die Gesetze der Kanzleien	77
C.	Wege, Umwege und Holzwege zu besserer Gesetzgebung	80
I.	Von der Bürokratiekritik zur Gesetzgebungskritik: Nachrichten über die »gefühlte« Gesetzesqualität	80
II.	Drei vermeintliche Königswege zu verbesserter Gesetzgebung	81
1.	Das Gesetz als Qualitätsmaßstäben unterliegendes Produkt	81
2.	Gesetzesfolgenabschätzung – im Prinzip einleuchtend, aber häufig eher wirkungslos	83
a)	Der internationale Trend zum »Regulatory Impact Assessment«	83
b)	Die deutsche Variante – die Gesetzesfolgenabschätzung	84
aa)	Der Leitfaden zur Gesetzesfolgenabschätzung	84
bb)	Anwendungs- und Institutionalisierungsprobleme	87

Inhaltsverzeichnis	13
3. Bessere Gesetzgebung und Bürokratieabbau	90
a) Das Standard-Kosten-Modell als niederländischer Exportartikel	91
b) Die deutsche Variante: die Errichtung des Nationalen Normenkontrollrates	92
4. Ein notgedrungen skeptisches Fazit	96
Zweiter Teil: Auf dem Weg zur Rechtswissenschaft als Regelungs- wissenschaft oder Zum Ausbruch aus dem Ghetto der Gesetzgebungslehre	97
A. Wegweiser aus dem Ghetto	99
I. Zur Impulsfunktion der »Neuen Verwaltungsrechtswissenschaft«	99
II. Zur Impulsfunktion der Governancetheorie: Governance in und durch Regelungsstrukturen	101
1. Regelungsstrukturen im Spektrum zwischen gesellschaftlicher Selbstregulierung und staatlicher Steuerung	101
2. Regelungsstrukturen und Bereitstellungsfunktion des Rechts	103
III. Zur Impulsfunktion des Innovationsrechts: auf dem Weg zu einer »Neuen Rechtswissenschaft«	104
B. Rechtsanwendung versus Rechtserzeugung – zum Doppelauftrag der Rechtswissenschaft im Spiegel ihrer Methodendiskussion	107
I. Rechtswissenschaft als Gesetzgebungskunst	107
II. Rechtserkenntnis- und Rechtsherstellungsmethodik als zwei legitime Zweige der rechtswissenschaftlichen Methode	110
C. Erste eigene Schritte in Richtung einer als Regelungswissenschaft verstandenen Rechtswissenschaft	112
I. Rechtswissenschaft als Regelungswissenschaft I: Staatstypen und Regelungstypen	112
II. Rechtswissenschaft als Regelungswissenschaft II: zur Theorie der Wahl rechtlicher Regelungsformen (Regulatory Choice)	114
1. Herkunft und Karriere der Idee der Regulatory Choice	114
2. Politik als Auswahlproblem: von instrumental und institutional choice zu regulatory choice	116
a) Das Problem der Multifunktionalität des Rechts oder die Auswahl unter verschiedenen rechtlichen Handlungsmodi	119
b) Das Problem des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft oder die Wahl des Regulierungssektors	121
aa) Die Prüfung der Regelungsmöglichkeit durch Private als Konsequenz des Konzepts des aktivierenden Staates	122
bb) Koregulierung als Weg zu effektiverer Rechtsetzung?	123
c) Das Problem der funktionsgerechten Organstruktur oder die Auswahl des »richtigen« Regelungsorgans	125
aa) Zur sachgerechten Verteilung der Regelungslast des Gemeinwesens	125

bb)	Vom Grundsatz funktionsgerechter Organstruktur zum Grundsatz funktionsadäquater rechtlicher Regelungsformen	126
cc)	Vom Erfordernis staatlicher Selbstentscheidung zum Erfordernis staatlicher Verantwortung für eine gemeinwohlverträgliche Rechtsetzung Dritter	128
d)	Das Problem der Normenhierarchie oder die Wahl der Regelungsebene	129
 Dritter Teil: Entfaltung einer als Regelungswissenschaft verstandenen Rechtswissenschaft		 133
 Erstes Kapitel: Die Regelungsklassiker als erste Station einer Reise durch die »World of Rules«		 135
A.	Eine Einleitung, in der die Art und Weise des methodischen Zugriffs erläutert wird	135
I.	Die Ausrufung einer »Neuen Verwaltungsrechtswissenschaft«: Neu als Konsequenz von Infragestellungen	135
II.	Zum Suchscheinwerfer-Modell der Querschnittsgruppe Governance	137
1.	Governance als Prozess	137
2.	Präzisierung der Problemstellungen	138
III.	Konsequenzen für das weitere Vorgehen	140
B.	Eine Reise durch die »World of Rules«	141
I.	Das Gesetz: der Regelungsklassiker des modernen Gesetzgebungsstaates	141
1.	Das Gesetz in steuerungstheoretischer Perspektive	142
a)	Der Steuerungsanspruch des Gesetzes im demokratischen Rechtsstaat	142
aa)	Das Gesetz als Schlüsselbegriff des Rechtsstaates	142
bb)	Das Gesetz als Auftrag der Verwaltung	143
cc)	Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes als Ausdruck des Steuerungsanspruchs des Gesetzes	144
(1)	Regelungspflicht des Gesetzgebers als Pendant des verfassungsrechtlich fundierten Steuerungsanspruchs des Gesetzes	144
(2)	Parlamentsvorbehalt als Delegationsverbot	146
(3)	Steuerungsanspruch des Gesetzes und Regelungsgegenstände	147
(4)	Zusammenfassende Übersicht	147
dd)	Grenzen des Gesetzes als Steuerungsmedium	148
(1)	Struktur von Steuerung durch Normsetzung	148
(2)	Vollzugstauglichkeit des Gesetzes als Voraussetzung seiner Steuerungsfunktion	149

b)	Demokratische Entscheidungsqualität der Verwaltung und Qualität der normativen Entscheidungsprogramme	153
aa)	Steuerungsebenen des Verwaltungshandelns	153
bb)	Das Gesetz als Entscheidungsprogramm	154
c)	Orientierungsfunktion gegenüber den Normadressaten: Berechenbarkeit des Rechts als Voraussetzung seiner Steuerungsfähigkeit	157
2.	Das Gesetz aus der New Public Management-Perspektive	161
a)	Vom Befund der Steuerungsschwäche des Gesetzes zum Anforderungskatalog an eine New Public Management-taugliche Gesetzgebung	161
b)	New Public Management und verändertes Gesetzesverständnis	166
3.	Das governancetheoretische Problem der Regulierung durch Gesetz	168
a)	Regulatory Governance oder Governance in und durch Regelungsstrukturen	168
aa)	Governance durch Regelungsstrukturen I: der Wechsel von obrigkeitstaatlichen zu kooperativen Governancestrukturen (governance change)	169
bb)	Governance durch Regelungsstrukturen II: das Zusammenspiel von Regelungsstrukturen zur Herstellung eines aufgabenbezogenen institutionellen Arrangements (governance mix)	171
cc)	Governance durch Regelungsstrukturen III: Entwerfen neuer Regelungsstrukturen (governance design)	172
b)	Ausblick: Governance und Regelungswissen	175
aa)	Vom Herrschaftswissen über das Steuerungswissen zum Governancewissen	175
(1)	Vom Fachverstand zum Sachverstand	175
(2)	Vom Steuerungswissen zum Governancewissen: Der moderne Staat als Steuerungsstaat	178
(3)	Regelungsstrukturen und Regelungswissen	179
bb)	Die Organisation der Ko-Produktion von Wissen als zentrales Governanceproblem des Staates der Wissensgesellschaft	180
II.	Die untergesetzlichen Regelungsklassiker: Verordnungen, Satzungen und Verwaltungsvorschriften als Erscheinungsformen exekutivischer Selbstprogrammierung	181
1.	Von der »Restkategorie« untergesetzlicher Regelungsformen zum Neuverständnis arbeitsteiliger, kooperativer Rechtsetzung	181
a)	Eigenständigkeit der Verwaltung und exekutive Selbstprogrammierung	182
b)	Kooperative Bewältigung der Regelungslast des Gemeinwesens und »Regulatory Choice«	183
2.	Funktionen und Steuerungsleistungen von Rechtsverordnungen	184

a)	Zum Missverhältnis zwischen praktischer Bedeutung und dogmatischer Konturierung der Rechtsverordnung	184
b)	Weder originäre noch delegierte Rechtsetzung	186
c)	Zwischenbilanz	186
3.	Funktionen und Steuerungsleistungen von Verwaltungsvorschriften	187
a)	Die Steuerungsleistungen von Verwaltungsvorschriften – erläutert am Beispiel der Steuerverwaltung	187
b)	Verwaltungsvorschriften: die ungesicherte dritte Kategorie des Rechts	189
aa)	Zur Ursache des Dilemmas: das Dogma der Verwaltungsvorschriften als bloßes Innenrecht der Verwaltung	189
bb)	Ein sich anbietender Ausweg: Die Verwaltungsvorschrift als »Handlungsform der differenzierten Bindungswirkungen«	190
cc)	Zur Notwendigkeit der Überwindung der Als-ob-Dogmatik	192
4.	Funktionen und Steuerungsleistungen von Satzungen	194
a)	Die Satzung im Vergleich: dezentralisierte statt dekonzentrierte Rechtsetzung	194
b)	Das Zusammenspiel der Verwaltungsform der Selbstverwaltung, der Organisationsform der Körperschaft und der Regelungsform autonomer Rechtsetzung als das Besondere der Satzung als Regelungsstruktur	196
c)	Funktionen körperschaftlich verfasster, mit Satzungsautonomie begabter Selbstverwaltung	197

Zweites Kapitel: Das Gesetz bekommt Gesellschaft 200

A.	Standards und »Codes of Conduct«	200
I.	Die Welt der Standards	201
1.	Standardsetzung als »Regulatory Governance«	201
2.	Standards im Vergleich	202
3.	Standards als »bedürfnisgeborener« Normtypus mit Qualifikationsproblemen	204
4.	Eine Typologie von Standards	206
5.	Standardsetzung und Legitimation	208
II.	Die Welt der Codes of Conduct	208
1.	Eine Typologie von Codes of Conduct	209
2.	Sektorenspezifische Häufigkeit und Bedeutung von Codes of Conduct	211
3.	Zum internationalen Kontext der steilen Karriere von Codes of Conduct	213
4.	Codes of Conduct und Governance durch Reputation: das Beispiel der »extractive industries« in Räumen begrenzter Staatlichkeit	215

Inhaltsverzeichnis	17
B. Die Vielfalt der Regel- und Standardsetzer	217
I. Die Pioniere der Standardsetzung: mit Miloš Vec unterwegs in der Welt der normierenden Ingenieure	218
1. Die Schraube verlangt nach Standardmaßen oder zum Zusammenhang von Standardisierung und Industrialisierung	218
2. Normierung als Verbände-Normierung oder die Stunde der Ingenieure als Normunternehmer	219
3. Der »Herr der Normen« oder zu Rolle und Selbstverständnis des Unternehmer-Präsidenten des Deutschen Instituts für Normen (DIN)	220
II. Typen der Standardsetzung und der Standardsetzer nach Hans Christian Röhl	221
III. Typen von Standards und Standardsetzern nach Dieter Kerwer	223
IV. Zur Rolle von nicht-staatlichen Akteuren in »Regulation by Standardization«	225
C. Sich auflösende und sich verwischende Grenzen: Rule-Making zwischen Staat und Gesellschaft	227
I. Regel-Setzung im Schatten des Rechts: das Beispiel des deutschen Corporate Governance Kodex	227
II. Rechtssetzung zwischen Staat und Gesellschaft: Codes of Conduct als Steuerungsinstrumente des Kapitalmarkts	229
1. Der Übernahmekodex	229
2. Ehrenkodex für Finanzanalysten	231
3. Zwischenbilanz	231
III. Grenzübergreifende Normsetzung zwischen privater Selbstregulierung und öffentlicher Hierarchie	232
IV. Eingebettete Selbstregulierung: Potenzial und Grenzen grenzüberschreitender privatwirtschaftlicher Selbstregulierung	234
V. Die Wiedereinbettung nichtstaatlicher Regelsetzung: Umweltschutzstandards multinationaler Konzerne	236
VI. Zusammenfassung	237
D. Legitimationsaspekte nicht-staatlicher Regelsetzung	238
I. Annäherung an die Legitimationsproblematik mit Hilfe von Oliver Lepsius und Max Weber	238
II. Strukturanforderungen an die Standardsetzung oder »Standards for Standardization«	241
1. Vier Organisationsprinzipien für standardsetzende Institutionen	242
a) Expertise	243
b) Repräsentation	244
c) Nutzerorientierung	245
d) Partizipation	245
e) Zwischenbilanz	246
2. Kriterien der Input-Legitimität privatwirtschaftlicher Selbstregulierung	246

a)	Drei Beispiele unterschiedlicher Selbstregulierungsinitiativen	246
b)	Auf der Suche nach normativen Kriterien für die Legitimation privatwirtschaftlicher Selbstregulierung	248
Vierter Teil: Rule-Making als Regulierung		251
A.	Was ist Regulierung?	253
I.	Vorläufiger Definitionsversuch	253
II.	Drei Wege zum Verständnis von Regulierung	259
1.	Zwei Klassikererzählungen zum Thema Regulierung	259
a)	Die erste Klassikererzählung: von den »regulated industries« der USA zum Entstehen eines modernen Regulierungsverwaltungsrechts	259
aa)	Die Anfänge der amerikanischen Regulierung und ihre Rechtfertigung	259
bb)	Der Typus der Independent Regulatory Agencies als Erscheinungsform einer spezifisch US-amerikanischen Institutionenkultur	261
cc)	Neue Wege: der Constructed Markets-Turn	262
b)	Die zweite Klassikererzählung: von der »command and control«-Regulierung zur Enthierarchisierung der Regulierungsmodi	263
2.	Die unaufhaltsame Karriere der »Regulatory Agencies«	265
a)	Die Karriereerzählung von Jordana, Levi-Faur und Fernandez i Marin	265
b)	Die Karriere von »Regulatory Agencies« vor dem Hintergrund des allgemeinen Trends zur organisatorischen Verselbständigung von Governancefunktionen	268
aa)	Der Prozess der Agencification in Großbritannien: von den Next Step-Agencies zum Typus des Non-Departmental Public Body	269
bb)	Zur rasanten Ausbreitung von Regulatory und Executive Agencies in der Europäischen Union	271
cc)	Zum Siegeszug des Agenturbegriffs in Deutschland	272
3.	Der Regulierungsstaat	273
a)	The Regulatory State – eine britische Perspektive	273
b)	Die Europäische Union als Regulierungsstaat	275
c)	Die Ablösung des Interventionsstaates durch das Regulierungsparadigma	277
d)	Der Regulierungsstaat als »Smart State«	279
e)	Zwischenbilanz: der Regulierungsstaat als Gewährleistungsstaat	281
B.	Erscheinungsformen, Typen und Ebenen der Regulierung	283
I.	Staatszentrierte versus dezentrierte Regulierung	283

II.	Regulierung und Wettbewerb: von der »regulation of competition« zur »regulation for competition«	287
III.	Regulierung zwischen Markt und Staat	288
	1. Beliebte Skalierungsmodelle	288
	2. Regulierung zwischen Markt und Staat als Ausschnitt des allgemeineren Themas »Rechtsetzung zwischen Staat und Gesellschaft«	291
	3. Regulatory Governance als Bereitstellung einer Regulierungsinfrastruktur	294
IV.	Regulatory Regimes and Accountability	296
V.	Zwei besonders bemerkenswerte Typen moderner Regulierung: Ko-Regulierung und »regulierte Selbstregulierung«	300
	1. Zwischen Regulierung und Selbstregulierung: Koregulierung als Politik im Schatten des Rechts	300
	2. Das Konzept der regulierten Selbstregulierung	303
	a) Zur Grundstruktur des Konzepts	303
	b) Zur Wirkungsweise des Konzepts – erläutert anhand ausgewählter Beispiele	304
	aa) Zusammenspiel zwischen staatlicher Regelsetzung und privaten Selbstverpflichtungen	305
	bb) Zusammenspiel von privater Fremdkontrolle und staatlicher Überwachung	305
	cc) Implementierung von Kontrollstrukturen durch Nutzung der Steuerungsfaktoren Organisation und Personal	307
C.	Grundstrukturen eines Regulierungsverwaltungsrechts	309
	I. Regulierungsverwaltungsrecht als neues Referenzgebiet des Allgemeinen Verwaltungsrechts	309
	II. Zu den drei Bauelementen moderner Regulierungsregime: Regulierungsziele, Regulierungsformen, Regulierungsinstanzen	311
	1. Herausforderungen und Ziele eines Regulierungsverwaltungsrechts	312
	a) Vom ordoliberalen Ausgangspunkt zur Organisation des Wettbewerbs	312
	b) Wettbewerbsstrukturierung angesichts von Netzstrukturen	313
	c) Ergebniskontrolle: Soziale und ökologische Belange	314
	2. Handlungsformen moderner Regulierung	314
	a) Missbrauchsaufsicht	314
	b) Netzausschluss und Netzzugang	315
	c) Entflechtung	316
	d) Preisregulierung	317
	e) Transparenzpflichten	317
	f) Sicherung einer Grundversorgung	318
	3. Verselbständigte Regulierungsbehörden als institutionelle Ausprägung des Regulierungsverwaltungsrechts	318

Fünfter Teil: Regelsetzung in Mehrebenensystemen	321
A. Was sind und wie funktionieren Mehrebenensysteme?	323
I. Begriff des Mehrebenensystems: Herkunft und Verwendungsweise	323
1. Was der Begriff Mehrebenensystem meint und warum er so nützlich ist	323
2. Varianten des Mehrebenenbegriffs	324
a) Mehrebenenpolitik	324
b) Mehrebenenrecht	325
c) Multilevel Governance	325
d) Mehrebenenlegitimität	327
e) Zwischenbilanz	329
II. Regulatory Governance im Mehrebenensystem	330
1. Vielfalt der Regelungsarten	331
2. Ordnung normativer Pluralität	331
3. Regelungsebenen: nur technisch-geographisch oder mehr?	332
a) Zum Entstehen »neuer« Regelungsebenen durch das Zusammenspiel von staatlichen und nicht-staatlichen Regelsetzern	333
b) Zum Verhältnis von Regelungsebenen und Netzwerken	333
B. Interaktionsprozesse zwischen Regelungsebenen	335
I. Der Kampf um Regelungskompetenzen als Ausdruck des dynamischen Charakters von Mehrebenensystemen	335
1. Zur Dynamik von Mehrebenensystemen: das Beispiel der föderalen Finanzverfassung	335
2. Zwei Strategien der Landnahme im Bereich der Regelsetzung	337
a) Die Auslegung der Bedürfnisklausel des § 72 Abs. II GG a.F. und der dadurch ermöglichte Weg zum unitarischen Bundesstaat	337
b) Soft Law als Kompensation fehlender Gesetzgebungskompetenzen?	340
aa) Was ist eigentlich »soft law«?	341
bb) Die Entscheidung zwischen »hard law« und »soft law« als ein Anwendungsfall von »regulatory choice«	342
cc) Typen und Funktionen von »soft law instruments«	344
dd) Die »Pre-, Post- and Para-Law Functions« von Instrumenten des Soft Law	347
c) Zwischenbilanz	349
II. Zu den Realitäten von Verhandlungsdemokratie und Mehrebenenverflechtung	349
1. Regelsetzung im Kontext von Mehrebenenverflechtungen	350
a) Zum hilfreichen Erklärungsansatz der Theorie der Politikverflechtung	350
b) Strategische Optionen im Umgang mit Verflechtungsstrukturen: das Beispiel der zustimmungspflichtigen Gesetzgebung	353

Inhaltsverzeichnis	21
2. Die verschiedenen Arenen des Politikmanagements oder zum wendungsreichen Weg des Zuwanderungsgesetzes	356
Sechster Teil: Zur graduellen Entkoppelung von Staat und Recht	359
Erstes Kapitel: Regelsetzung mit abnehmendem oder »nur« verändertem Staatsanteil? Das Beispiel der Transnationalen Regulierung	361
A. Transnationale Regulierung: ein erster Überblick	361
B. Transnationale administrative Regulierung: zur Rolle von Netzwerken in der Architektur internationaler Kooperation	363
I. Transnationale Netzwerke als dem Zeitalter der Globalisierung angemessene Kooperationsform	363
II. Governance durch Regierungsnetzwerke und Wandel von Staatlichkeit	365
III. Arten und Funktionen von transnationalen Regierungsnetzwerken	366
1. Was solche Netzwerke hauptsächlich tun	366
2. Transnationale Regulierungsnetzwerke: drei Beispiele und was man aus ihnen lernen kann	368
a) Finanzmarktregulierung	368
b) Wettbewerbsregulierung	370
c) Umweltregulierung	371
d) Zusammenfassung	372
Zweites Kapitel: Transnationales Recht oder transnationale Verrechtlichungsprozesse	373
A. Transnationales Recht – eine neue Kategorie jenseits des staatlichen Rechts?	373
I. Die Erzählung vom transnationalen Recht – präsentiert von Graf-Peter Calliess	374
II. Die Erzählung von der alten und neuen lex mercatoria als Standardbeispiel für ein privatautonomes nicht-staatliches Recht	376
III. Eine etwas andere Erzählung: die lex mercatoria als nützliche Illusion	379
1. Lex mercatoria als lediglich loses Gefüge von Billigkeitsregeln	379
2. Mangelnde Praxisrelevanz der lex mercatoria	380
3. Mangelndes Bedürfnis für eine lex mercatoria	381
IV. Zwischenbilanz: transnationale Verrechtlichungsprozesse und transnationale Rechtsstrukturen statt transnationalem Recht als drittem, autonomen Rechtstyp	382
B. Charakteristika transnationaler Rechtsprozesse und Rechtsstrukturen	383
I. Entterritorialisierung des Rechts	383
II. Auflösung der Grenzen zwischen »binding and non-binding norms«	384
III. Zunehmende Richtungsumkehr: von »top down« zu »bottom up«-Prozessen der Rechtserzeugung	385

Drittes Kapitel: Transnationale Verrechtlichungsprozesse	386
A. Abnehmende Staatszentriertheit im Bereich von Public Rule-Making: New Forms of Rule-Making im Kontext Internationaler Organisationen	386
I. »Setting of treaties on wheels«	387
II. Informalisierung	388
III. Die Kontrolle der Rechtsbefolgung	389
B. Von »Contract Governance« zur transnationalen Normbildung: das Erdbeben von San Francisco und die internationale Standardisierung von Vertragsbedingungen (1871-1914)	390
I. Standardisierung von Vertragsbedingungen: Erscheinungsformen und Funktionen	391
1. Machtfunktion	393
2. Kommunikations- und Kompatibilitätsfunktion	394
3. Rechtssicherheitsfunktion	394
4. Lückenfüllungs- und Fortentwicklungsfunktion	395
II. Standardisierung als neuartige Struktur der Normbildung	396
C. Transnationale Verrechtlichungsprozesse als Prozesse des »hardening of soft law«	397
I. Drei bottom-up lawmaking stories	398
1. The ICC Banking Commission	398
2. The Berne Union as a Lawmaking Group	400
3. The Arrangement	401
4. Zwischenbilanz: from soft to hard law	402
II. Bottom-up lawmaking im rechtstheoretischen Kontext	403
1. Regelsetzungsakteure als »lawmaking clubs«	404
2. Zum Theorieangebot des »private lawmaking«	405
a) Nicht-staatliche Selbstregulierung in Mikrogesellschaften oder »governance by reputation«	405
b) Übertragbarkeit dieses Theorieansatzes auf die drei »bottom-up lawmaking stories«?	408
D. Verrechtlichung durch Praktiker: vom privatrechtlichen Vertrag zur transnationalen Rechtsnorm	409
I. International tätige Anwaltskanzleien als Träger einer kosmopolitischen Rechtselite	410
II. Von der vertragsrechtlichen Innovation zu rechtlichen Standards	411